

Der Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen.

erschint wöchentlich

vierteljahrsabonnement 5 1.40

erschint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Sprechstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 6

Graz, Februar 1928

2. Jahrgang

„Hinkemann“ in Leoben verboten!

Der Brief, den wir hier wiedergeben, signalisiert eine Erweiterung des Frontangriffes der Reaktion gegen das Proletariat. Man schreibt uns:

„Hinkemann“ in Leoben verboten!

Es ist noch erinnerlich, wie heldenhaft sich die Grazer Heimwehren ins Zeug legten, um die Aufführung von Ernst Lollers „Hinkemann“ zu vereiteln. Das Verbot kam tatsächlich und niemand fand sich, der dagegen energig auftrat. Wohl wurde viel geschrieben und auch mit „Wehe, wenn das noch einmal vorkommt“ gedroht und doch wurde das Stück abermals verholten. Wenn man aber die Gelegenheit genauer verfolgt, so kommt man hinter Dinge, die schon ins Unerwartete gehen.

Der Bildungsausschuß der sozialdem. Partei in Leoben hatte für den 3., 4. und 5. Februar eine Aufführung des „Hinkemann“ angesetzt und die Proben sind bereits mitten im Gange. Da erschienen einige „deutsche Helden“ beim Bezirkshauptmann Dr. Hofer in Leoben und traten nach Germanenart gegen dies Meisterwerk auf und konnten mit Siegermienen wieder von dannen gehen, denn der „Hinkemann“ wurde, gestützt auf das Gesetz vom Jahre 1853, verboten.

Aber das Merkwürdige an der ganzen Angelegenheit ist, daß derjenige, der es verboten, das Stück gar nicht kennt und nur weil einige Heimwehrhelden es nicht dulden wollten, daß die Proletarier ein Stück aus dem Leben auf die Bretter bringen, das die Not und das Elend der Arbeiter in künstlerischer Szenenfolge zeigt und die Schandtaten Bürgerlicher an den Pranger stellt. Angeblich soll eine Gefahr für die öffentliche Ruhe bestehen!

Gut, aber in Graz wurde der große Heimwehrfilm unter dem Schutze der Polizei abgerollt, ein

Film, der mehr als aufreizend gegen die Arbeiterschaft wirkt. Dieser Film durfte hier klaglos laufen und niemand ist es eingfallen, dagegen zu protestieren. Wenn aber das Proletariat eine Vorstellung in ihrem Kreise fordert, dann haben einige geistig Impotente das Recht, eine derartige Veranstaltung zu verbieten. Es wird sich natürlich erst weisen, ob sich die Proletarier eine derartige Gewalt Herrschaft gefallen lassen. Ob die öffentliche Ruhe durch derartige Gewalttaten besser gewahrt wird, ist noch sehr fraglich. Ich hoffe, daß die sozialdem. Partei diesmal mit aller Energie gegen einen solchen Terror auftreten wird und die Arbeiter endlich zu ihrem „Hinkemann“ kommen. H.

Mit offenem Terror tritt das Bürgertum also gegen die Arbeiterschaft auf, um die Vorführung „Hinkemann“ von Loller auch in Leoben zu verhindern. Sind die Arbeiter nicht tausendmal stärker, wenn sie zum Terror greifen? Das Heimwehrgesindel droht: „Wir marschieren!“ Vor dieser Drohung weicht das Proletariat nicht zurück!

Arbeiter, Arbeiterinnen, proletarische Jugend, Avantgarde des Proletariats, eure Macht und eure Häufte machen die Reaktion zu Brei! Seid euch dessen bewußt! Nehmt den Kampf auf! Erwartet nichts von der Kleinbürgerlichen Führung der S. P.!

Fäuste müssen statt Worte in Aktion treten.

So wie die Reaktion unsere Versammlungen unter Terror stellt, stellt ihre Vorführungen unter Terror. Denkt daran, wenn Heimwehrrfilme laufen. Bei diesem Kampf wird das Proletariat Sieger sein.

Unternehmer Solidarität.

Die rheinisch-westfälischen Unternehmer haben den mitteldeutschen Unternehmern, wo 50.000 Arbeiter in Streik stehen, Kund getan, daß sie an der Niederlage der mitteldeutschen Arbeiter sehr interessiert sind, weshalb sie mit den mitteldeutschen Unternehmern einen Solidaritätsvertrag eingingen, der finanzielle Unterstützungen bietet. Daran mögen die Arbeiter lernen.

Im Kampf um den Achtstundentag.

Den Hüttenarbeitern in Rheinland-Westfalen ist von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie vorgetäuscht worden, daß Reichsarbeitsministerium werde den Achtstundentag verbieten. Die Arbeiter wurden aber getarnt. Daraufhin verlassen die Arbeiter der größten rheinisch-westfälischen Hütten-

betriebe nach Beschlussfassung in Betriebsversammlungen, vor Abschluß der neunstündigen Arbeitszeit, den Betrieb nach Ablauf der achten Stunde. Vor solch entschlossenem Kampf werden die Unternehmer weichen müssen.

Wegen Übertretung des Brechgesetzes

wurde Gen. Koch Freitag den 3. Februar, um 6 Uhr früh, aus dem Bette zu einer 48stündigen Arreststrafe abgeführt.

Warenhaus 2x7=14

(Graz, Jakominigasse)

Der Inhaber ist bei der Heimwehr!

Klassenbewusste Arbeiter und Arbeiterinnen kauft dort nichts ein, denn mit euren Groschen unterstützt er die Heimwehr-Faschisten!

Wettertag: Weitere Heimwehr-Gesellschaftler aus melden!

Untaugliche Mittel.

1890 hat der Lehrmeister der proletarischen Bewegung, Friedrich Engel, erklärt: „In der demokratischen Republik übt der Reichtum seine Macht indirekt aber umso sicherer aus, und zwar in der Form der direkten Beamtenkorraption, zweitens durch ein Bruderband von Regierung und Börse.“

Heute muß schon jeder Arbeiter und jede Arbeiterin an der Entwicklung Österreichs als demokratische Republik die Richtigkeit dieses Grundgesetzes erkennen. So verhält mit den Banken und dem Schwarzenbergplatz (Sitz der Industrie) steht heute die Regierung vor uns, daß wir glauben, die flammenden Zwillinge vor uns zu haben. Die Besitzenden herrschen. Vollkommen ist das Gleichgewicht, das 1918 gestört wurde, zwar noch nicht hergestellt. Einiges liegt dem Bürgertum noch störend im Wege. Seipel hat dies als Eierchalen der Revolution bezeichnet. Eine treffende Definition. Damit jagte er, der Einfluß des Bürgertums steht zum Einfluß des Proletariats in demselben Verhältnis, wie der Inhalt eines Eies zur Schale. Das Gewicht des Proletariats in der demokratischen Republik ist so gering, als eine Eierchale. Wir alle wissen aus dem Munde des Prälaten, daß die Bourgeoisie dieses Gewicht des Proletariats auch noch vermindern will, durch Abbau der letzten Reste unserer sozialen Einrichtungen. Auch der Mieterchuß soll fallen und was gegenwärtig im Vordergrund steht, ist der Ausmerzungskampf der Regierung gegen die spärlichen Positionen bei der Wehrmacht, Polizei und Gendarmerie.

Das Bürgertum hat diesen Kampf eingeleitet mit dem Schlagwort Entpolitisierung. Das heißt, der geringe Einfluß, den die Arbeiterklasse in diesen Herrschaftsinstrumenten gewonnen hat, soll vernichtet, beseitigt werden. Im Parlament ist es dar über zu einem Zusammenstoß der Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen gekommen. Die Absicht der S. P., die Regierung in ihrem Vorhaben zu verhindern, ist zu begrüßen — doch sind die Mittel, welche dazu außerloren wurden, vollkommen untauglich. Der Zusammenstoß vor der Ministerbank darf dabei niemanden beirren.

In der Gendarmerie wird gegen diejenigen, die sich zur freien Gewerkschaft bekennen, von den monarchistischen Kommandostellen ein Feldzug mit Terror, Zwang und Naderlei in Szene gesetzt. Jedem politischen ABC-Schützen ist doch klar, daß der Wind von der Regierung aus pfeift und die Sozialdemokraten appellierten an die Regierung, gegen den Terror der Kommandos einzuschreiten. So ähnlich wie sie in Steiermark vom christlich-sozialen Landeshauptmann Paul fordern, gegen den Heimwehrterror aufzutreten. Daß dieses Mittel vollkommen untauglich ist, leuchtet jedem ein. Eine Armeeformation ist von vornherein verloren, die an den Feind anbeliegt, doch um Gotteswillen nicht vorzustoßen, derweil die Armee selbst auf die Anordnung, Traanführung

und Alarm zum Angriff oder zur aktiven Verteidigung vergebens wartet.

Wieso versteht das die sozialdem. Parteiführung nicht? Mangel es an der Fähigkeit diesen Kernpunkt zu erkennen? Bei weitem nicht. Die Gründe sind erstlicher Natur. Nach Marx hat das Proletariat gelernt, daß der Staat auch der demokratische Staat, ein Organ der Klassenherrschaft, ist ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere. In der Auffassung der sozialdem. Parteiführung erscheint der Staat als ein Organ der „Friedensveröhnung“. Deshalb erleben wir es auch immer häufiger, daß die Regierung angegriffen wird, um zu „schlichten“. Dieses Verhalten ist nicht marxistisch, nicht proletarisch, es ist kleinbürgerlich.

Durch diese Methoden wird der unversöhnliche Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat verschleiert, die Schlagfertigkeit gehemmt und Desorganisation in die proletarische Reihen hineingetragen, zum Vorteil der Bourgeoisie. Wir sind aber überzeugt, daß das Proletariat sich von dieser kleinbürgerlichen Politik loszudenken wird und dann die Lage der Bourgeoisie überdacht wird.

Wir kämpfen eh für die Arbeitslosen!

Über mehrere Bestimmungen des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes bzw. deren Auslegungen referierte Kammersekretär Novak in der am Freitag den 27. Jänner vom freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschuß einberufenen Versammlung. Die Darlegungen zeigten u. a. auch den Anwesenden, wie viele Lücken und Fallen durch den Knäuel von Novellen und Paragraphen den Arbeitslosen gestellt sind. Einen nicht gerade kleinen Teil der Schuld trägt die „mächtige“ Sozialdemokratie, welche den Verschlechterungen in mehreren Novellen keinen ernstlichen Widerstand entgegensetzte, sondern sich bis heute immer mit der Ausrede „Wir sind überstimmt worden“ begnügte. Dies kam wieder deutlich zum Ausdruck, als Gen. Koch die nachfolgende Resolution einbrachte und begründete:

Die Arbeitslosen der R. P. (Opposition) haben die Überzeugung gewonnen, daß die Forderungen der Arbeitslosen wieder bis zum Ablauf der jetzigen Novelle verlagert sind. Der freigewerkschaftliche Ausschuß und die Vertreter der sozialdem. Partei haben bis jetzt keine Erklärung abgegeben, aus der zu entnehmen wäre, daß die Arbeitslosenforderungen noch unmittelbar auf der Tagesordnung stehen.

Die Genossen der R. P. (Opposition) stellen daher folgende Anträge:

„Die Arbeitslosenversammlung vom 27. Jänner fordert die freie Gewerkschaft und die sozialdem. Partei auf, die Arbeitslosenforderungen im Parlament neuerlich als **dringliche Anträge** zu stellen und mit den schärfsten parlamentarischen sowie außerparlamentarischen Mitteln den Bürgerblock zu zwingen

1. die Arbeitslosenunterstützung um 30 Prozent zu erhöhen,
2. Die Land- und Forstarbeiter in die Arbeitslosenversicherung aufzunehmen.
3. die Unterstützung für die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit ungelürzt zu gewähren.
4. die Ausnahmestimmungen, daß Arbeiter der Landgemeinden nur 30 Wochen die Unterstützung bekommen können, fallen zu lassen.

Die versammelten Arbeitslosen sind sich bewußt, daß der Bürgerblock unter Seipels Führung, der wohl für Banken und Industrielle offene Taschen hat, den Arbeitslosenforderungen sowie aller Forderungen des Proletariats schärfsten Widerstand entgegenzusetzen wird. Daraus ergibt sich für die Arbeitslosen die Notwendigkeit dem Bürgerblock auch in Straßendemonstrationen entgegen zu treten. Es ist nicht wahr, daß allgemeine große Demonstrationen der Arbeiterklasse dem Bürgerblock gleichgültig bleiben, diese fürchtet die Masse und das Kampfbewußtsein der Arbeiter wird durch einheitliche öffentliche Kundgebungen gestärkt. Neben mit dem Bürgerblock und Kampf gegen die fortschreitende Reaktion.“

In der vorletzten Arbeitslosenversammlung Mitte Dezember erklärte Nationalrat Ebner (Sozialdem.), man kann **jetzt kurz vor Ablauf der Novelle** mit derartigen Mitteln wie etwa Obstruktion nicht kämpfen, da sonst die Arbeitslosen Gefahr laufen, keine Unterstützung zu erhalten, weil die 20. Novelle am 31. Dezember 1927 abläuft.

Diesmal lehnten sie die Abstimmung über die Resolution mit der Begründung ab: „Wir Sozialdemokraten, bzw. unsere Vertreter kämpfen eh für die Arbeitslosen!“ Es wird bei diesen Worten bleiben und solange an eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeitslosen nicht zu denken sein, solange nicht der Druck vonseiten der Arbeitslosen selbst wieder organisiert wird.

Gen. Wagner polemisierte gegen den „Nahru“, welcher der sozialdem. Führerschaft immer unangenehm wird, da in demselben nicht nur die triste Lage der Arbeiterklasse aufgezeigt und der Weg zur Abwehr gemiesen, sondern auch die schädliche kleinbürgerliche Politik derselben der Arbeiter-

klasse bewiesen wird.

Der „Rote Fahne“-Verkäufer Fabian orakelte etwas von Moral, Stehlen, von Weglassen der Parteipolitik und sonstigen Quatsch mehr. Die Arbeitslosen warteten schon mit Ungebuld auf das Ende seiner Wals- und Wiesen-Rede.

Gen. Wagner zeigte in kurzen Worten die Gefahren, bzw. die Entwicklung der Heimwehren auf, welche es besonders verstehen, die große Not der Arbeitslosen und anderer Schichten auszunutzen, um sich ihre Goldstücke zu kaufen. Die Soz. Parteiführerschaft treibt wie auch in anderen Ländern, auch hier eine Vogel-Straußpolitik, indem sie die aufkeimende jacobinische Bewegung als lächerlich hinstellt, statt sie mit allen Mitteln zu bekämpfen. Bis jetzt hat sie durch autes Zureden und Himweis auf die „demokratischen Gehehe“ die Heimwehren „bekämpft“.

Die Versammelten haben die Überzeugung gewonnen, daß die S. P. nicht gewillt ist, für die lebenswichtigen Forderungen der Arbeitslosen gegen die Bürgerlichen aufzutreten.

Löhne und Kollektivverträge in der Metallindustrie.

Am 6. und 7. d. M. fand eine erweiterte Sitzung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes statt, die sich mit der Lage der Metallarbeiter und den Unternehmerverhältnissen beschäftigte. Nach den bisher sehr spärlichen Veröffentlichungen sollen an die Unternehmer eine Reihe von Forderungen gerichtet werden, die sich auf wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen und auf die Lohnfrage beziehen. Wie aus der Rede Huebers auf dem Verbandstag und aus dem kürzlich von Huppert veröffentlichten Artikel hervorgeht, haben mit der Unternehmerorganisation schon eine Reihe von Verhandlungen über Wirtschaftsforderungen stattgefunden. Alle diese Verhandlungen wurden hinter verschlossenen Türen, hinter dem Rücken der Mitgliedschaft geführt. Nach den Meldungen, die in den letzten Wochen aus England und Holland einlaufen, nach der Praxis und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbürokraten zu schließen, handelt es sich auch in Österreich um das Problem des „Wirtschaftsfriedens“ und „Arbeitsgemeinschaft“.

In England hat der Großindustrielle Mond den Generalrat eingeladen, um ein friedliches „Nebeneinander“ zu erzielen; daselbe hat die holländische Unternehmerorganisation getan. Die englischen sowie holländischen Reformisten haben die Einladungen angenommen. Der Klassenkampf soll nach dem Rezept der Vertreter im englischen Generalstreik, nach der Praxis der deutschen Zwölfstundentaggewerkschaftler aus der Welt geschafft werden. „Wiederaufbau“, Rationalisierung, Fließband, 10- und 12-Stundentag bei Hungerlöhnen, das soll den Arbeitern vorgelegt werden. „Weg mit den Streiks“ und „Klassenhaß“ verkünden Kapitalisten und Reformisten einmütig.

Arbeiter, seid auf der Hut! Die rabiaten Löhne, die jetzt vom Verbandsvorstand angeschlagen werden, sind nicht ernst zu nehmen, sie lassen darauf schließen, daß der von Renner am sozialdem. Parteitag eingeleitete offene Koalitionssturz von den Gewerkschaftsführern treu befolgt wurde. Sie hoffen, die Unternehmer werden „mit sich reden“ lassen, werden sich um des „sozialen Friedens“ willen in ihren dunklen Absichten „mäßigen“.

Nichts von alledem! Nach wie vor rüsten die Herren von der Industrie ihre Fonds zur Ausrüstung der Polizei mit Panzerauto und Giftgas, zur Ausrüstung der Heimwehren und Frontkämpfer. Ihr Heimwehterror in Steiermark, wo nur Heimwehler eingestellt werden, die Hungerlöhne, die sie bezahlen, ihr provokatorisches Verhalten den Gewerkschaftsorganisationen gegenüber, ihre Weigerung, mit den Metallarbeitern von Graz und den Industrieangestellten in Wien und anderen Vertragsdistrikten, Kollektivverträge abzuschließen, all das

widerlegt die giftigen Illusionen vom „sozialen Frieden“ und zeigt die wahren Absichten der Unternehmer.

* * *

1924 erzielte der Verbandsvorstand den Rahmenvertrag, der die gesamte Metallindustrie umfaßte, durch Betriebs- und Gruppenverträge und zersplitterte so die Aktionskraft der Wiener Metallarbeiter.

Jahrelang kämpften die Metallarbeiter um den Industrierrahmenvertrag. Vor dem Krieg war das die Lösung, die als Ideal jedes Gewerkschaftlers galt. Der Umsturz brachte ihre Verwirklichung.

Warum gab der Verbandsvorstand diese große Errungenschaft freiwillig preis?

Warum kämpft der Verbandsvorstand jetzt, wo durch die bittere Erfahrung der Nachtteil der Betriebs- und Gruppenverträge jedem klar ist, nicht für den Industrierrahmenvertrag? Der Bankrott der Gruppen- und Betriebsverträge wird von der Verbandsleitung schon durch die Tatsache zugegeben, daß sie jetzt im Wiener und Reichsmassstab mit der Industrie über sozialpolitisch-rechtliche und lohnpolitische Fragen zu verhandeln gezwungen ist, um den Übergriffen der Unternehmer, der falschen Auslegung der sozialpolitischen Gehehe Widerstand leisten zu können.

Daß die Verbandsleitung, trotz des offenkundigen Bankrottes der Gruppenverträge, nicht zum Industrierrahmenvertrag zurückkehren will, hat seinen Grund in der reformistischen, den kapitalistischen „Wiederaufbau“ fördernden Gewerkschaftsstrategie. Nur ja keine die Arbeiter revolutionierenden Massenstreiks, bei denen man nicht wissen kann, welches Ende sie nehmen, bei denen ein Abbremsen sehr schwer ist. Am Ende kann ein solcher Massenstreik siegreich enden, dann besteht die große Gefahr, daß das 10-jährige Bemühen um den „Wiederaufbau“ (lies: die Reaktion in den Sattel heben) umsonst gewesen ist, daß die Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft gefährdet werden könne.

Die Metallarbeiter, auf deren Kosten, mit der Muskel- und Nervenkraft die Unternehmer trotz der Krise Riesengewinne erzielen, denken anders als die Bürokraten vom Vorstand, sie wollen kämpfen.

Ein großer Teil der Metallarbeiter hat erkannt, daß die Befreiung der Hungerlöhne nur durch den gemeinsamen Kampf aller Metallarbeiter durchgeführt werden kann. Schluß mit der Geheimdiplomatie des Verbandsvorstandes! Heraus mit den Forderungen: Industrierrahmenvertrag, Angleichung der Löhne an die Lohnsätze der Elektrizitätsarbeiter, 100 Prozent Überstundenzuschlag, Bezahlung der Feiertage, Schluß mit der Unternehmerwillkür! Kampf für großzügige Investitionsarbeiten auf Kosten der Besitzenden

zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Gemeinsamer Kampf der gesamten Metallarbeiter für die gemeinsamen Interessen wird den Erfolg sicherstellen. Weg von der Koalitionspolitik, Schluß mit der Arbeitseinschließung, zurück zum unverfälschten Klassenkampf!

Was man uns schreibt

So schaut's bei Weiß und Schneider in Wildon aus.

Weiß und Schneider ist eine Blaudruckfabrik in Wildon, in der das niederträchtigste Antreibersystem herrscht und die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Die Arbeiter werden wie Hunde behandelt, wer nicht lacht, wird entlassen. Die Dampfseife gibt fünf Minuten vor und fünf bis acht Minuten nach Arbeitsluß Signal. Das macht in der Woche eine Stunde, die von der Firma Weiß nicht bezahlt wird. Im Jahr sind das 52 Stunden. Jeder sieht, die Firma versteht sich auf das Schinden. Der Portier Krebitz, geborener Speichellecker, sucht sich jeden Samstag Arbeiterinnen und Arbeiter aus, die unbezahlt unter seiner Aufsicht zu Reinigungsarbeiten kommandiert werden, sowie einst der k. u. k. Infanterist zur Aborttour. Wer vierzehn Tage krank ist, wird entlassen, wer seine Abrechnung verlangt, nie wieder aufgenommen. Freitag ist um fünf Uhr Arbeitsluß und Lohnauszahlung. Damit die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht zu früh aus der Fabrik kommen, erscheint der Verrechnungsbeamte Engler erst um halb 6 mit dem Geld. Und die Bezahlung: Junge Hilfsarbeiterinnen 27 Groschen, Hilfsarbeiterinnen 30 Groschen, Erwachsene erste Woche 34 bis 35 Groschen und darauffolgend 38 Groschen. Bei den Maschinen 43 Groschen, frühere Streibtreiber bekommen 50 Groschen. Zimmerer, Tischler und Heizer 70 Groschen. Das ungelernete Personal bekommt bei gewisser Leistung eine Stundenprämie von 8 Groschen. Wenn jemand seine Abrechnung verlangt, verfällt die Abrechnung zu Gunsten der Vorarbeiter und Ingenieure. (Anmerkung der Redaktion.) Diese Ausbeutungsmethoden bei Weiß lehren zweierlei: 1. Die Unternehmer fühlen sich in Herrschaftsreaktionären Gegenden mit starkem Heimweh einschlag besonders stark gegen die Arbeiter. Demnach kann sich jeder vorstellen, wie die Arbeiter bis aufs Blut gepeinigt und geschunden würden, wenn dieses Gesindel seine Machtsphäre erweitert. 2. Die Frauen werden am meisten ausgebeutet, weil sie weniger Klassenbewußt als die Männer, meist nicht organisiert sind.

Aus der Fleckfleberei Rendi.

Die Tuchfirma Rendi hat jährlich zwei Saisonen für Musterzettel kleben. Bei jedem neuen Saisonantritt muß die Arbeitsleistung die frühere Saison übertreffen. Die älteren Arbeiterinnen sind unter dem jungen Herrn Paul Rendi und Hans Koch argen Schikanen ausgesetzt. Beide möchten die angestellten Frauen nicht nur als Arbeiterinnen, sondern die Jüngerer, die ihnen zu Geficht stehen, auch zu ihrem Amüsement im Betrieb gebrauchen. Zuweilen wird eine oder die andere der besondere Liebling dieser beiden Ausbeuterbüchsen. Wenn eine so dumm ist, ist es ja ihre Sache. Niederträchtig ist es aber, wenn diese um sich die Gunst ihrer Bourgeoisgalans zu halten, Schikanen gegen ihre Kolleginnen ausübt. Vor zwei Wochen wurde eine Mutter von 3 Kindern, gerade als sie um einen Krankenzettel für ein krankes Kind ersuchte, entlassen. Zuwege gebracht hat dies Fräulein Kaufschütz, die Vertraute des Herrn Koch. (Anmerkung der Redaktion.) Arbeiter und Arbeiterinnen, ihr müßt die Schliesel und Stiefelstecker unter euch geschlossen mit allen Mitteln der Verachtung behandeln, damit ihnen die Luft zu ihrem schmutzigen Handwerk verkehrt.

Aus dem Arbeiterleben

Unter Ausbeutern.

Dem in Voitsberg bekannten Gastwirt und Hausbesitzer Zechner brannte im Vorjahre das Wirtschaftsgelände nieder. Er erbaute es mit der Versicherungssumme viel schöner wieder, da er daraus fünf Wohnungen machte. Dadurch erhofft er sich größeren Profit, weil bei der großen Wohnungsnot gute Geschäfte mit Wohnungen, welche in Neubauten nicht unter den Mieterschutz fallen, zu erzielen sind. Auch trachtete dieser Herr seine Baukosten womöglichst zu verringern, indem er Hilfsarbeiterinnen mit nur 30 Groschen Stundenlohn annahm und die größten Leistungen verlangte. Außerdem meldete er eine Hilfsarbeiterin nicht einmal bei der Krankenkasse an. Eine mußte nach ihrer Entlassung infolge Krankheit ins Spital wandern, wo sich erst herausstellte, daß sie nicht versichert war. Daß dadurch Herr Zechner zu größeren Zahlungen kam, ist selbstverständlich und wir sorgten auch dafür. Als nach Genesung die Arbeiterin nach Hause kam, mußte sie natürlich die verschiedensten Schimpfworte über die Kommunisten hören. Uns ist dies ja nichts Neues, dafür aber werden wir Sorge tragen, daß dieser Ausbeuter das nächstemal nicht so handeln wird können gegen Arbeiter. Arbeiter-Korrespondent, Voitsberg.

Großer Dienstfeier.

In der Nacht vom 27. auf 28. Jänner wurde in der Kanzlei des Reininghauer Bierdepot in Voitsberg eingebrochen. Die unbekanntenen Täter entwendeten angeblich 100 Schilling. Dies ist zwar nicht die richtige Art den Kapitalismus zu bekämpfen, aber interessanter als das ist die darauffolgende Polizei. Zur Ausforschung kam von Graz ein Polizeibeamter mit einem Polizeihund. Der Polizeihund hatte seine Aufgabe nicht voll und ganz erfüllt. Er wäre vielleicht besser zum Pächner und Ragen jagen zu gebrauchen gewesen. Verhaftungen wurden viele gemacht, darunter von Leuten, die nicht einmal gewußt hatten, was vorgegangen war. Sogar Agenten, welche ihren Geschäften nachgingen, verhaftete man, da sie als Fremde „verdächtig“ waren. Vielleicht wird das nächstemal der Fremdenverkehr gesperret und in Voitsberg jeder zweite inhaftiert. Alles um ein paar Schilling, während man denen, welche dem Volke Milliarden rauben, noch forthilft.

Arbeiter-Korrespondent, Voitsberg.

Die Patienten III. Klasse des k. u. k. Sanitätsrates Knappitsch.

Wir sind Heizer genug, um zu erklären, daß der Klassenkampf auch in den Krankenhäusern von der bürgerlichen Gesellschaft tatkräftig gefördert wird. Ungewollt wird vom Bürgertum die Arbeiterklasse Schritt auf Schritt über den Wert und Unhaltbarkeit der heutigen Ordnung bzw. Unordnung überzeugt. Nehmen wir ein Beispiel aus dem Leben im Landeskrankenhaus.

Medizinische Abteilung dritter Klasse, geführt vom Primar k. u. k. Sanitätsrat Knappitsch. Sein Schild prangt also offen, was er ist. Als ehemaliger k. k. Oberfeldarzt und bekannter Soldatenschinder hat er auch nicht vergessen, wie man Proleten behandeln muß.

So wie bei den „kaiserlichen Bistiten“ wird jeder, der nicht beweisen kann, daß er schon halbtot ist, so durch die Blume als Simulant betrachtet. Man läßt solche einfach tage- und wochenlang liegen, ohne

sie in ernste Behandlung zu nehmen. Andererseits stellt der „k. u. k. Sanitätsrat“ bei so manchen eine Besserung fest, auch wenn der Patient aus eigenen Gefühlen davon nicht überzeugt ist. Das heißt nämlich diensttauglich, verschwinde bald. Aber auch die Krankenliste ist wirklich dritter Klasse. Früh morgens eine Tasse „weißer Kaffee“, der ungefähr die Farbe der Mür hat und einen Geschmack nach k. k. Kasanienkaffee. Dazu 12 Deka Schwarzbrot für den ganzen Tag. Um halb 10 Uhr Frühstück, bestehend aus einer Tasse Suppe. Doch frag nicht welche! Mittag einige Deka Rindfleisch mit Suppe und Gemüse, alles dritter Klasse! Nachmittags Jause aus besagtem Murkaffee. Abends eine Tasse Bohnen- oder Gerstensuppe. Bist du aber nicht zufrieden mit den k. u. k. Kuriermethoden und der republikanischen Krankenliste, so wird zum Überdruß noch jeden Abend Trost gesendet durch heuchlerische Gebete der frommen Schwestern, welche für 80 Schilling monatlich zum „barmherzigen Gott“ beten, damit es den Andern im Jenseits besser gehe.

So ist das Los der Patienten dritter Klasse. Wie wäre es, wenn Landesrat Soz. Nachold als Vertreter der Landesregierung einmal öffentlich diese Zustände aufzeigen und die 80 Schilling Lohnung pro pfäfflicher Schwestern zur Besserung der Krankenliste für Proletarier verwenden ließe, anstatt dem unerfülllichen Marienkloster in den Rücken zu werfen. Wird Landesrat Nachold sich einmal für den Herrn k. u. k. Sanitätsrat interessieren, bzw. für dessen Kuriermethoden. W' glauben nicht! Die Sozialdemokraten haben vielmehr ein Interesse daran, ein friedliches Einvernehmen herzustellen, um die Vorbereitungen für die Koalition, das heißt für die Ministerstühle zu treffen. Die betrogenen Arbeiter werden ihrerseits aus diesen Beispielen lernend die Vorbereitungen treffen und mit dieser Ordnung des Bürger- und Pfaffenstums endgültig aufräumen.

Der „Arbeiterwille“ und das unerfahrene Geschöpf.

Die 19jährige Unterfützungs- und Obdachlose Rosa M. wurde zu einem Monat strengen Arrest verurteilt, weil sie in ihrer Not und Angst die Nächte im Freien verbringen zu müssen, mit einem gefälligen Aufnahmesein für eine Nacht sich Unterkunft im Asyl verschaffte. Wenn auch dieses Urteil bedingt erfolgte, so ist der Geist, der aus diesem Urteil spricht, der beste Beweis, daß die Justiz eine Klassenjustiz ist, die sich nur und ausschließlich gegen das Proletariat lehrt. Dieses Urteil beleuchtet sehr gut die Tatsache, daß auch die bürgerlich-demokratische Republik, ein Organ der Unterdrückung, ein Organ der Herrschenden, der Besitzenden, gegen die bezugslose Klasse ist. Verschönerung!... es zwischen diesen Klassen nicht geben, nur Kampf bis zur gewaltsamen Überwindung der Herrschenden. Der „Arbeiterwille“ schreibt dazu: „Da sie aber in Graz nicht heimatberechtigt ist, wurde ihr der Aufnahmesein für eine zweite Nacht verweigert und so schließlich das unerfahrene Geschöpf ralloos durch die Gassen“. Das sieht wohl so aus, daß nur die Unerfahrenheit daran schuld ist, daß die Obdachlose kein Quartier fand. Mit Verlaub, du alte zahnlöse Lante in der Mariengasse, hätte das Rädel, wenn es „erfahren“ gewesen wäre, ein Nachtquartier bekommen? Nein! Höchstens am Strich. Was ist das für eine Ordnung. Vortagzimmer stehen leer, Kanzleien stehen leer, große geschlossene Warte Räume stehen leer, viele Wohnzimmer und vieles andere ließe sich noch aufzählen, das aber Nacht leer steht und draußen auf der Straße zweifeln die Enterbten, die Obdachlosen. Wir sind der Meinung, ehe ein Proletarier die Nacht im Freien verbringen muß, sollten zur Not Kanzleien, Wartezimmer, z. B. Landhaus und dergleichen Räume als Notnachtslager zur Verfügung gestellt werden, um die Opfer dieser bürgerlichen Gesellschaftsordnung vor dem Elend der Obdachlosigkeit, Prostitution und vor den Krollen der Justiz zu schützen.

Kirchen-Austrittserklärungen

sind in der Verwaltung des „Rahntal“, Elisabethengasse 20, zu haben. Auch Zustellungen in die Probinz.

Ereignisse der Woche

Kantstimmerei. Genosse Pfeißl hatte die Ehre wegen Übertretung des Pressegesetzes Montag, den 30. Jänner 1928, 24 Stunden im Sausal Bezirksgericht zu verbringen. Donnerstag, den 2. Febr. 1928 erschien um halb 7 Uhr in der früh ein Wachmann in der Wohnung des Genossen Pfeißl um ihn zum Antritt der bereits verhängten Arreststrafe abzuführen. Also hat die Verwaltung des Bezirksgerichtes die Tatsache der bereits verhängten Strafe verschlafen.

Peter Koch, der Obmann des Vereines der Kriegsgefangenen, ist nach Südamerika verschwunden mit den Großen seiner Kollegen. Ein Judas!

Der Abonnentenstand der „Mahnung“ hat für im Vorjahre um 23.500 verringert. Sehr verständlich. Reißt kommt nur bürgerlicher Schmutz auf das Programm, das den Arbeitshörern nicht interessiert. Das Radio wird an Bedeutung erst gewinnen, wenn die Arbeiter sich den Staat erobert haben werden.

Schwimmunterricht auch in den Grazer Schulen. In diesem Jahre werden die Kinder der Hauptschulen ganz vernünftigerweise dem Schwimmunterricht zugeführt. Je zwei Turnstunden per Woche werden diesem Zweck gewidmet.

Der Schattendorfer Nordgeselle und Freiwirtschaftler Graf ist vom Obenburger Gericht wegen gemeinen Einbruch zu einem Jahr Kerker verurteilt worden.

Im Raubfall von der Gattin gefangen gehalten. In Wahremsdorf, Semmering, wurde der 68-jährige kranke Besitzer Ritter durch 7 Wochen in einem kleinen Verlies festgehalten. Wollte er sich befreien, wurde er von seiner Gattin geschlagen. Die Gendarmerie erhielt Kenntnis davon. Die Frau des Besitzers wurde dem Gericht übergeben.

Die Wahlen zum Niederösterreichischen Landtag ergaben S. P. 19264, K. P. D. 3564, Deutschnationalen 10.606 Stimmen.

Der Krakatau, der größte Vulkan der Erde, bekannt durch den Nisenausbruch vom 27. August 1883, ist wieder in Tätigkeit. Die Rüste von Batum in der Sundastraße ist verpulvert. Die Bevölkerung flüchtet.

Verbraunt sind bei einem Grubenunglück von Sarab, Niederländisch-Indien, 37 Kulis.

Der Thüringer Landtag beschloß unter dem Stillschweigen der S. P., dem Herzog von Gotha den im Jahre 1918 enteigneten Besitz im Werte von 200 Millionen Mark wieder zurückzugeben. Nur die Kommunisten kämpften dagegen.

Zwei Tote bei einem Wohnunfall. Auf der Prädickstraße, knapp vor Vorderberg, fuhr ein mit 7 Personen besetzter Wob in rasender Fahrt in einen Polstloß. Der Handkangestellte Kausil und der Bahnbedienstete Traudl verunglückten tödlich, die übrigen erlitten schwere Verletzungen.

Terror? Nein, Klingheit! 300 Mannen, die gegen die fortschrittliche Regierung Calles (Mexiko) agitierten, wurden verhaftet.

Der Fälscher des Sinowjewbriefes wurde im Leipziger Dokumentenfälscherprozess in der Person eines gewissen Schred festgestellt, der berufsmäßig politische Dokumente fälschte.

45.000 Textilarbeiter sind in Barcelona (Spanien) zur Abwehr gegen neue Massen-Kamer in Streik getreten.

Waffenstreik in Indien.

Eine englische Kommission, welche die Ansprüche der Indier nach einer unabhängigeren Verfassung vom englischen Imperialismus prüfen soll, war in Bombay am 2. Februar eingetroffen. Die Indier erschienen in dieser Kommission nur ein Mann über und antworteten mit allgemeinem Streik, die Arbeit fortgesetzt werden sollen, wo die Kommission hinführt.

Aus der Redaktion des „Arbeitertwillen“.

Chefredakteur zum Gerichtsbevollmächtigten: „Was gibt's im Reiche der Gerechtigkeit?“

Berichterstatter: „Für Metallarbeiter, Kommunist, wurde wegen Vergehen des Auflaufes zu vierzehn Tagen strenger Arrest verurteilt. Die Aussagen der Richter waren dem Richter, ein Hakenkreuzler seines Zeichens, maßgebend. Eine erdichtete Rede war das corpus delicti. Offensichtliche Klassenjustiz!“

Chefredakteur: „Neb' ma nicht immer von Klassenjustiz. Das schadet unserem Koalitionskurs. Der Artikel muß ohne eine Spitze gegen das bürgerliche Gericht geschrieben werden und doch interessant sein.“

Berichterstatter: „Wie macht man das?“

Chefredakteur: „Wie? Ja sind Sie noch ein Neuling? Ich werde Ihnen ein Beispiel geben, wie man solche Sachen anpackt.“

„Er setzt sich hin und schreibt den Artikel „Das teure Bier und die Weltrevolution“.“

Verbreitet den „Mahnung“!

Schändlich.

Ein 44-jähriger Metallarbeiter, der seit 20 Jahre in der sozialdemokratischen Partei gewirkt hatte, schrieb, als ihm die Arbeitslosigkeit auf Schritt und Tritt verfolgte und er keinen Ausweg mehr sah, an Bürgermeister Mutschitsch, um bei der Gemeinde unterzukommen. Wie alt? fragte ein Ingenieur. 44. Schon zu alt für uns, war die Antwort. Ganz so wie bei einem bürgerlichen Unternehmer!

Beltritte zur Kommunistischen Partei (Opposition) sind im Parteilokal, Grazer, Elisabethnergasse 20, anzumelden.

Parteinachrichten

Bildungskurse.

Ort: Jeden Samstag, abends halb 8 Uhr, Elisabethnergasse 20 für den 1., 3., 4. und 6. Stadtbezirk.

Ordnung: Die Bildungskurse unterbreiten bis zur Wahl. Eintritte in die Wählerliste.

Genet Funktionären-Konferenz.

Halb 8 Uhr abends, Elisabethnergasse 20. Zu erscheinen haben alle Parteikassiere, Betriebsräte, Bezirksleitungsmitglieder und sonstigen Funktionäre.

Parteikassiere von Graz und Umgebung!

Jeden Samstag von 4 bis 6 Uhr nachmittags Abrechnung im Parteilokal.

Druckfehlerberichtigung! Im Artikel „Zur Konzentration der Parteiverwaltung“ soll es richtig heißen der Kassier hat 125 Schilling und Bezirksobmann ist Herr Kellerer.

Briefkasten.

N. S. Die Gedanken im Gebicht sind sehr gut, das Wesen des Stalinismus treffend skizziert, doch die Form schlecht. Vielleicht Genosse kannst Du etwas ändern.

Optim. Es ist keine Optionsmöglichkeit dreyei.

Prekond.

Finanz Nr. 1 S 530, Nr. 2 S 593, Nr. 3 S 622, Nr. 4 S 618, Jaer Maria S —50, N. N. S —50, Ibrerer Mar. S 404, Grönzmeier S —50, Pils Johann S 150, Siginer Ferd. S 1.—, Rapovnik Maria S —52, Horwatsch S 120, Knapp S 2, Grill Josef S 3.—, Verschiedene S 263.

Der rote Späher.

Erzählung aus Sibirien von Reklutichny.
Fortsetzung.

Würdevoll begab ich mich feierlichen Schritts in mein Schlafzimmer, und nachdem ich dort abfichtlich länger verweilte, als ob ich etwas suchte, brachte ich den auf dem Boden gefundenen türkischen Dolch ins Speisezimmer, wo ich mit einer zeremoniellen „türkischen“ Verbeugung — aus unerklärlchen Gründen auf flacher Hand — das Geschenk darbot.

Der Rittmeister, der inzwischen vom Franzosen die treue Überzeugung meiner Einleitung gehört hatte, waarte vor freudiger Überraschung kaum zu atmen.

Ich begann abermal: französisch:

„Möge dieser Dolch für Sie eine ebenso liebe Erinnerung an mich sein, wie bisher für mich an meinen Freund. Jetzt sind wir „kunal“ (ich erfand mir dieses Wort im Augenblick), also durch die Stimme des Blutes verbunden. Es darf Sie nicht wundern — jaete ich zum Franzosen —, daß ich dem unüberwindlichen Wunsch nicht habe widerstehen können, Ihren Freund zu beschenken. In der Türkei üben wir den Brauch, alle die Freunde, die unser besonderes Wohlgefallen erregen, zu beschenken, auch wenn wir sie zum erstenmal sehen.“

Der Franzose bot mir mit einer höflichen Geste einen Stuhl an.

„Wollen Sie nicht Platz nehmen?“

Der Rittmeister stand immer noch wie versteinert, er hielt den Dolch in der ausgestreckten Hand und starrte ihn an, weil er augenscheinlich nicht wußte, was er mit dem Dolch anfangen sollte. Ich ließ meinen verjüct strahlenden Blick nicht von ihm, sagte aber absichtlich kein Wort, das ihm aus seiner läppischen Stellung herausgeholfen hätte. Endlich kam ihm der Franzose zu Hilfe, indem er ihn mit Gewalt zum Tische nötigte und den Dolch neben seinen Teller legte.

Das Essen begann und selbstredend auch das gegenseitige Zutrinken. Da dem Weine diesmal nichts beigemischt war, ging die Mahlzeit glatt vonstatten. Es schloß niemand ein. Der Rittmeister betrauf sich bis zur Bewußtlosigkeit und nur die Anwesenheit des hohen Gastes, das heißt meiner Hoheit, zwang ihn, Haltung zu bewahren. Da sich das Gespräch während des Essens um Gegenstände drehte, die meine Aufmerksamkeit in keiner Weise berührten, kann ich mir seine Wiedergabe ersparen.

So joupierten wir friedlich und still, wie eben in einem feinen Haus. Einigemal schlüßten mir die beiden auf den Zahn, um zu erfahren wie ich be-

treffs der Hinzuziehung der „holden“ Weiblichkeit denke; aber ich ging über die Andeutungen entweder schweigend hinweg oder mit der Erklärung, daß ich diese Nacht gerne durchschlafen möchte und keinerlei Wunsch nach Abenteuern mit Weibervolk hege. Gegen das Ende des Soupers beschloßen die zwei Offiziere, doch noch zu den Damen in die Stadt zu fahren. Sie forderten aus dem Stabsquartier ein Auto. Ich wiederholte, die Sache ging sehr friedlich, wohlherzogen und glatt vonstatten, nur zum Schluß bemerkte der Franzose plötzlich, daß er seinen Kammerdiener, seinen Landsmann, schon eine Zeit vermisst. Als er den russischen Lakai nach dem Kammerdiener fragte, antwortete dieser:

„Das ist nur, weil Leon krank geworden ist hat Leibschmerzen. Es schickt sich nicht, vor den Gästen davon zu sprechen. Er hat Blähungen. Um 9 Uhr hat es ihn gepackt.“

„Gupp, machte der Rittmeister — hupp, doch nicht die Cholera, am Gottes Willen!“ phantasierte der besoffene Kerl. Der Franzose sprang auf, wie von einer Schlange gebissen:

„Was? Cholera? Das ist ja fürchterlich ansteckend! Sind schon viele Fälle vorgekommen?“

„Vereingende, dafür aber sehr plöglische“ rälpfte der Rittmeister beruhigend. (Fortsetzung folgt.)